

# PE(E)R POST

Zeitung für den Wahlkreis Oder-Spree des Landtagsabgeordneten Peer Jürgens

## Sozialen Kahlschlag stoppen!

Die Bundesregierung hat massive soziale Kürzungen für den Herbst angekündigt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Alleinerziehende, Familien sowie Rentnerinnen und Rentner sollen für die Finanzkrise zahlen. Gespart werden soll bei denen, die schon zu wenig haben. Die Spaltung der Gesellschaft wird weiter voran getrieben. Union und FDP streichen den Heizkostenzuschuss zum Wohngeld, das Elterngeld für Hartz-IV-Beziehende und den Zuschuss zur Rentenversicherung.

Eine arbeitslose alleinerziehende Mutter verliert 300 Euro im Monat. Menschen, die ihren Job verlieren, will die Koalition befristete Zuschläge zum Arbeitslosengeld II streichen. Weiterbildung und Umschulung für Arbeitslose werden gnadenlos gekürzt. Arbeitslose werden so noch schneller in Armut rutschen und schwerer einen neuen Arbeitsplatz finden.

Rot-Rot in Brandenburg versucht mit einigen Maßnahmen ein sozialeres Land zu schaffen – dazu gehören das Schüler-BAföG, der neue Kita-Schlüssel, der Mindestlohn in einigen Bereichen, das Arbeitsprogramm „Arbeit für Brandenburg“ als Öffentlich-geförderter Beschäftigungssektor. Aber gegen die Kahlschlag-Politik können sich auch SPD und LINKE nicht stemmen. Daher wird die schwarz-gelbe Bundespolitik leider auch in Brandenburg zu spüren sein.

### Millionäre, Spekulanten und Banken zur Kasse!

Die Rettung der Banken in der Finanzkrise hat die Staatsschulden bis Ende 2009 um 99 Milliarden Euro erhöht. Auch das 750 Milliarden schwere Euro-Rettungspaket nützt vor allem Finanzinstituten. Union und FDP weigern sich, Krisenverursacher und -gewinnler an den Kosten zu beteiligen. Das wäre möglich – mit einer gerechten Erbschaftsteuer, einem höheren Spitzensatz der Einkommensteuer, der Wiedererhebung der Vermögensteuer sowie der Finanztransaktionssteuer. Mit diesen Maßnahmen wäre ein sozialeres und gerechtes Deutschland möglich.



**STATT  
ARBEITSLOSE  
SCHRÖPFEN:**

**REICHTUM  
BESTEUERN!  
DIE LINKE.**

www.die-linke.de

### Unsere Themen:

- **Rot-Rot hilft Bauern bei Ernteauffällen** Seite 2
- **Solide Haushaltspolitik mit Courage** Seite 3
- **Protest gegen CO<sub>2</sub>-Endlager** Seiten 4 und 5
- **Aktuelles aus dem Wahlkreis** Seite 7

### Besuchen Sie den Landtag

Sie wollen wissen, wie Ihr Abgeordneter arbeitet? Besuchen Sie mich im Landtag. Im November 2010 können Sie mit einem Bus nach Potsdam in den Landtag fahren. Mit dabei ist eine Führung durch den Landtag, ein Gespräch mit Ihrem Abgeordneten und ein Mittagessen. Kosten fallen für Sie keine an. Interesse? Dann melden Sie sich an und fragen nach dem Datum unter Telefon (01 73) 287 12 00 (Herr Kahle).

Ihr Peer Jürgens

Mitglied des Landtages Brandenburg  
direkt gewählt im Wahlkreis 30



## ■ Rot-Rot hilft Bauern bei Ernteauffällen

Auf unterschiedlichster Art und Weise spüren wir den Klimawandel sehr direkt. In Brandenburg sind die Folgen mit am deutlichsten bemerkbar. Steigende Temperaturen, geringere Niederschläge und vermehrte Extremwetterereignisse stellen dabei vor allem die Landwirtschaft vor neue Herausforderungen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Bauern zu sichern, sind Anpassungen in der Förderpolitik unerlässlich.

Von entscheidender Bedeutung für die brandenburgische Landwirtschaft wird die Ausgestaltung der EU-Agrarförderung nach 2013 sein. Hier muss es weiterhin eine besondere Berücksichtigung benachteiligter Regionen geben. Dazu zählt z. B. ein Ausgleich für Risiken von extremen Wetterereignisse. Stärker als bisher wird die Förderung aus öffentlichen Mitteln an konkrete Leistungen für den Umwelt- und Klimaschutz gekoppelt. Das heißt, dass Bauern nur dann Entschädigungen bekommen, wenn sie umwelt- und klimaverträglich produzieren.

In diesem Jahr wird aufgrund der lang anhaltenden Trockenheit ein Minderertrag beim Getreide in Höhe von 15 Prozent gegenüber

dem Vorjahr vorausgesagt. Dem war ein überdurchschnittlich regenreicher Mai vorgegangen. Ziel der nachhaltigen Landnutzung muss es daher sein, solche Wasserüberschüsse im Land zu halten. Damit können die Folgen von Trockenperioden abgemildert werden. Das von der Landesregierung geplante Moorschutzprogramm wird einen wichtigen Beitrag zur Speicherung von Wasser in der Landschaft sowie zur Verbesserung von Grundwasserspiegeln leisten.

Weitere Schritte betreffen zum Beispiel die Auswahl trockenheitsresistenter Sorten und die Einführung ressourcensparender Bewässerungssysteme. Im „Innovationsnetzwerk Klima-



anpassung“ werden diese und weitere Anpassungsstrategien entwickelt. Insgesamt schafft Rot-Rot somit durch mehrere Maßnahmen eine dauerhafte Perspektive für unsere Landwirtschaft auch angesichts der veränderten klimatischen Bedingungen.

## ■ Es muss dabei bleiben: Nein zu Atomkraft!

Vor kurzem hat der Bundesumweltminister das Energiekonzept der Bundesregierung vorgestellt. Ein Kernpunkt des Konzeptes ist

die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Dieses Vorhaben der Bundesregierung ist umweltpolitisch falsch und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Das Land Brandenburg geht hier einen anderen Weg – im Koalitionsvertrag haben Rot-Rot den Vorrang für Erneuerbare Energien festgelegt. Auch sind die ersten Maßnahmen umgesetzt worden, um dem Ziel gerecht zu werden. Die Klimaschutzziele unserer Landesregierung sind ambitioniert: Dazu gehört die Einsparung von CO<sub>2</sub> in Höhe von 40 Prozent bis 2020 und mindestens 80 Prozent bis 2050 gegenüber 1990. Dazu soll der Anteil Erneuerbarer Energien erhöht werden und der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung bei der Energieerzeugung deutlich steigen. Eine Verlängerung der Laufzeit der Atomanlagen um bis zu 28 Jahre ist, auch vor dem Hintergrund weiter steigender Atommüllmengen, nicht nur unverantwortlich, sondern blockiert

einen zukunftsweisenden Umstieg auf alternative Versorgungsstrukturen. Das Land Brandenburg wird die Verlängerung der Laufzeiten daher im Bundesrat ablehnen.

Die führende Rolle Deutschlands in dem Zukunftsfelder Erneuerbare Energien wird mit dem vorgelegten Konzept des Bundesumweltministers gefährdet – Arbeitsplätze sowohl in der Forschung als auch in der Produktion stehen auf dem Spiel. Zusätzlich lehnen Dreiviertel der Bevölkerung eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland um mehr als 10 Jahre ab. Die Pläne der schwarz-gelben Bundesrepublik für eine Laufzeitverlängerung stoßen damit auf eine sehr geringe Akzeptanz in der Bevölkerung. DIE LINKE sieht sich damit in ihrem Kurs bestätigt, erneuerbaren Energien den Vorrang einzuräumen.



### +++ Nachrichten +++

#### Überwachung des Petersdorfer Sees

Noch im Herbst 2010 wird am Petersdorfer See ein „investigatives Monitoring“ starten. Dabei sollen mit bis zu zehn Messstellen über ein ganzes Jahr die Ursachen für die Belastungen untersucht werden. Vor allem geht es dabei um das Wasser, die Sedimente und alle oderirdischen Zu- und Abflüsse. Das Natursensensensemble von Petersdorfer See und Mühlenfließ

muss erhalten bleiben und wieder in einen ökologisch akzeptablen Zustand versetzt werden. Das Umweltministerium hat im Jahr 2009 bereits 68 000 Euro für die Sanierung und Entschlammung des Mühlenfließes bereit gestellt. Die Maßnahme war ein erster richtiger Schritt.

#### Mehr Klarheit für Datschen-Nutzer

In den Streit um die Interessen der Dauernutzer von Wochenendhäusern kommt Bewegung: Alter, Krankheit und bisherige Nutzungs-

dauer können Grundlage für eine verlängerte Dauernutzung sein. Wer länger als zehn Jahre in einer Datsche lebt, kann dort weitere drei Jahre geduldet werden. Wer seit DDR-Zeiten dort zu Hause ist, darf auf fünf Jahre Extra-Frist hoffen. Auch ein hohes Lebensalter sowie Krankheit können in der stets fälligen Einzelfall-Prüfung eine längere Duldung rechtfertigen. Einige Landkreise hatten die Duldung einer Dauernutzung von Wochenendhäusern bereits großflächig aufgehoben, Oder-Spree muss noch nachziehen.

## ■ Solide Haushaltspolitik mit Courage

Im Mai dieses Jahres hat – kurz nach dem Beschluss zum Landeshaushalt – der Finanzminister Helmuth Markov eine Haushaltssperre verhängt. Grund hierfür war eine Prognose, nach der am Ende des Jahres rund 165 Mio. Euro Defizit stehen würden, wenn die Ministerien weiterhin so ungeniert Geld ausgeben. Daher war die Haushaltssperre eine Art finanzpolitische Notbremse. Trotzdem ist der Finanzminister viel für diese Entscheidung kritisiert worden. Nun liegt ein Bericht zur Haushaltslage vor und die zeigt: Helmuth Markov hat als Finanzminister völlig richtig gehandelt.

Brandenburgs Landesfinanzen stehen die angespanntesten Zeiten seit Gründung des Landes bevor. In schwierigem Fahrwasser muss in allen Bereichen äußerste haushaltswirtschaftliche Disziplin walten. Wir haben keinen Spielraum, um Probleme in die Zukunft, in die Haushalte der nächsten Jahre zu verschieben. Deuten sich im Haushaltsvollzug entsprechende Gefahren an, muss der Finanzminister handeln – und zwar unverzüglich. Dabei ist es egal, ob es am Ende um 20 oder 200 Mio. Euro geht: Beides wäre als zusätzliche Belastung für die nächsten Jahre zu viel.

Brandenburg zahlt derzeit pro Jahr rund 800 Mio. Euro Zinsen, die Einnahmen unseres Landes werden kontinuierlich sinken, bis aufgrund fehlender Bundesmittel im Jahr 2019 nur noch 8,4 Mrd. Euro zur Verfügung stehen (bei 10,5 Mrd. Euro heute). Das Land wird in 10 Jahren also 25 Prozent weniger Geld ausgeben können und daher führt an einer Sanierung des Haushalts kein Weg vorbei. Die Alternative zur Haushaltssperre hieße, kommenden Generationen noch höhere Schulden zu hinterlassen. Das ist aus unserer Sicht keine Alternative! Linke Haushaltspolitik mit Courage heißt: Politik für die Menschen zu machen – und gleichzeitig die Haushalte zu konsolidieren. Das heißt auch, dass man zwangsläufig sparen muss.

Nicht nur die Haushaltssperre an sich war begründet, sondern auch der Zeitpunkt und die Form haben sich als sinnvoll erwiesen, wie der Halbjahresbericht belegt:

- der frühen Zeitpunkt – damit bestehen gute Chancen, das Risiko des negativen Jahresabschlusses zu minimieren. Generell gilt: je

später Maßnahmen ergriffen werden, um so weniger kann im Verlauf des Haushaltsjahres konsolidiert werden.

- die flexible Form hat sich ebenfalls als gut erwiesen: es wurden nicht fixe Beträge, sondern Prozentsätze gesperrt, damit alle Ressorts weiter in ihren Bereichen Schwerpunkte, etwa durch Umschichtungen setzen können. Gesperrt wurden nur 2 Prozent der Personalausgaben, 20 Prozent der Ausgaben und 30 Prozent der Verpflichtungsermächtigungen gesperrt. Nach Rückmeldung der Ressorts weist der Bericht aus, dass durch die Sperre ein möglicher Betrag in Höhe von 68 Millionen durch die Ressorts erbracht werden kann.
- der wirtschaftlicher Aufschwung sollte durch Beschränkungen so wenig wie möglich tangiert werden. Viele Bereiche, die für Konjunktur wichtig sind, sind komplett ausgenommen.



Helmuth Markov, Finanzminister von Brandenburg

Der nun vorliegende Halbjahresbericht stellt die Ausgabe- und Einnahmesituation des Landes zum 30. Juni 2010 dar. Er zeigt eindeutig: Die haushaltswirtschaftlichen Beschränkun-

gen waren und sind weiter notwendig – und richtig für Brandenburg. Die Prognose des Finanzministers zeigt nun, dass am Jahresende ein negatives Saldo von 117 Millionen Euro zu erwarten ist. Auch wenn sich damit das negative Saldo etwas verringert hat, besteht für Entwarnung kein Grund.

Rot-Rot betreibt den Schuldenabbau mit hohem sozialen Verantwortungsbewusstsein für heute und morgen. Das Interesse der jungen Generationen besteht eben nicht nur darin, in der Zukunft nicht von den heute gemachten Schulden erdrückt zu werden, sondern es richtet sich nicht minder auf soziale Chancengleichheit, auf gute Bildung und nachhaltige Entwicklung heute.

### Schwerpunkte des Haushalts 2010

- Wir sichern die Lehrer-Schüler-Relation von 1 : 15,4 finanziell ab!
- Wir verbessern den Betreuungsschlüssel im Kita- und Krippenbereich und eröffnen damit die Möglichkeit, dass bis zu 1000 neue Kita-Erzieherinnen und -Erzieher in den kommenden Jahren von den Kommunen eingestellt werden können!
- Wir haben die notwendigen Mittel für die Einführung des Öffentlich geförderter Beschäftigungs-Sektor veranschlagt!
- Wir haben die Mittel zur Förderung der musischen Bildung von 2,6 auf fast vier Mio. Euro erhöht
- Wir haben erstmals seit 2002 wieder Gelder für entwicklungspolitische Projektförderung im Haushalt verankert!
- Wir haben Einstellungskorridore für Fachkräfte in der Landesverwaltung wieder geöffnet. Nach über fünf Jahren wird wieder in der Steuerverwaltung und für den Strafvollzug ausgebildet. Die Zahl der Ausbildungs- und Anwärterstellen haben wir in 2010 insgesamt auf 1542 Azubis erhöht!
- Wir sichern den nachhaltigen Umbau der Wirtschaftsförderung und haben die Förderung von Erneuerbaren Energien im privaten und kommunalen Bereich finanziell untersetzt!

## +++ Nachrichten +++

### Bilanz nach fast einem Jahr

Etwa elf Monate arbeitet die Fraktion DIE LINKE in der 5. Wahlperiode und bereits jetzt ist klar: Die Abgeordneten bleiben dicht an den Themen der Menschen im Land dran. Sie stellten gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD 159 sogenannte Kleine Anfragen an die Landesregierung – Peer Jürgens ist mit neun Anfragen dabei. Dazu kamen 32 Anträge zu vielfältigen politischen Problemen. Auch die Chance, Gesetze auf den Weg zu bringen, nutzte die rot-rote Koalition. Ob Datenschutz

oder Kita-Gesetz – die Abgeordneten von Rot-Rot legen die Hände auch in Regierungsverantwortung nicht in den Schoß.

### Residenzpflicht gelockert

Asylsuchende und „geduldete“ Menschen durften sich bisher nur in ihrem Landkreis frei bewegen. Diese massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit verstößt nicht nur gegen die Menschenrechte, die Schikane macht viele Fahrten zur Tortur. Daher haben Rot-Rot in

Berlin und Brandenburg die Residenzpflicht für ihre Länder aufgehoben. Wer eine einmalige Genehmigung beantragt, darf sich künftig frei in den beiden Ländern bewegen. Damit erfüllt Rot-Rot in beiden Ländern nicht nur den Wunsch vieler Flüchtlingsinitiativen, sondern auch eines ihrer Wahlversprechen.

## Der Widerstand muss weitergehen

Beim Thema CO<sub>2</sub>-Endlager spitzt sich die Debatte seit einigen Wochen zu. Mittlerweile hat der Bundesumweltminister einen Referentenentwurf zum Bundes-CCS-Gesetz präsentiert, der bereits heiß diskutiert wird. Nun muss man zunächst sagen, dass es sich um einen Entwurf der Arbeitsebene handelt, der mit Sicherheit nicht in der Form vom Bundestag verabschiedet wird. Dennoch zeigt sowohl der Entwurf als auch die anschließenden Debatten die Richtung, in die das Thema im Verlauf des Herbstes gehen könnte (Eckpunkte des CCS-Gesetzes siehe nebenstehend). Darum darf unser Protest jetzt nicht nachlassen.

Derzeit läuft auch die letzte Phase in der Genehmigung des Betriebsplanes zur Erkundung der Region Beeskow. Vattenfall hatte vor der Sommerpause das Gesamtkonzept zur Erkundung und Erprobung beim Landesbergbauamt eingereicht, derzeit dürfen sich die betroffenen Kommunen zu Wort melden. Wahrscheinlich im September wird dann die konkrete Erlaubnis zur Erkundung erteilt. Die Stadt Beeskow klagt derzeit gegen die allgemeine Genehmigung, da sie sich auf Sole bezieht und nicht auf ein künftiges CO<sub>2</sub>-Endlager. Manchmal sind Gesetze eben sehr biegsam.

Eher undurchsichtig ist zur Zeit das Agieren der Landesregierung. Auf der einen Seite steht die Koalitionsvereinbarung, die zwar prinzipiell Ja zur CCS-Technologie sagt, aber gleichzeitig Hürden für das Endlager definiert. Diese Hürden müssen erst beseitigt sein, bevor eine Verpressung überhaupt starten kann. Auf der anderen Seite forciert der Wirtschaftsminister momentan dieses Vorhaben in einer Art, die einem um Abwägung verpflichteten Minister nicht zusteht. Ob die lautstarke Forderung nach dem Bundes-CCS-Gesetz oder der Vorschlag, die Zahl der Einspruchsinstanzen zu reduzieren oder ganz aktuell die Idee, den Zeitraum für die Erprobung zu verlängern – Ralf Christoffers macht sich derzeit sehr zum Anwalt Vattenfalls.

Das alles zerstört nicht nur den letzten Rest an Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung der Region, es schadet auch unserer Partei. Zu Recht hat sich die Landtagsfraktion scharf gegen den Vorschlag des Wirtschaftsministers gewandt. Auch wenn DIE LINKE Oder-Spree und auch DIE LINKE im Bundestag immer eine klare Position hatte – das Misstrauen gegen die linke Politik in der Landesregierung spüren wir vor Ort ganz real. Und trotz allem bleibt immer wieder festzuhalten: nicht DIE LINKE hält stur an der Braunkohleverstromung fest und forciert die CCS-Technologie; die treibende Kraft sind die Sozialdemokraten.

Das Projekt Endlager wird zunehmend konkreter. Daher gilt es weiterhin, Widerstand zu leisten – der Slogan „Kein Fußbreit auf unser Land“ der Bürgerinitiative gibt hier die richtige Einstimmung gegen die Erkundung. Auch DIE LINKE vor Ort muss lauter werden – gerade in die Partei hinein. Allein unsere Glaubwürdigkeit gebietet uns das. Wenn das Bundes-CCS-Gesetz im Bundestag diskutiert wird, gilt es den Protest auf die Brandenburger Bundestagsabgeordnete-

ten zu verlagern. Letztlich gilt es, das Gesetz möglichst zu verhindern oder erheblich zum Wohle der Umwelt und der Menschen zu verschärfen – wenn nicht im Bundestag, dann im Bundesrat.



# Konsequent gegen CO<sub>2</sub>-Endlager!

## DIE LINKE.

### Kernpunkte des Entwurfes des CCS-Gesetzes

- das Gesetz spricht von „Speicher“ und nicht von Endlager
- das CO<sub>2</sub> muss vollständig und auf unbegrenzte Zeit zurückgehalten werden
- Zustimmung zur Befahrung eines Grundstückes für die Erkundung nicht des Eigentümers, sondern auch der sonstiges Nutzungsberechtigten (Pächter)
- die Plangenehmigung für den Betrieb des Endlagers darf nur erteilt werden, wenn das Wohl der Allgemeinheit nicht
  - a) beeinträchtigt wird
  - b) die Langzeitsicherheit gewährleistet ist
  - c) Gefahren für Mensch und Umwelt nicht hervorgerufen werden können
- pro Endlager dürfen bis zu 3 Mio. Tonnen pro Jahr verpresst werden (Vattenfall plant lediglich 1,7 Mio. Tonnen pro Jahr)
- das Gesetz geht von einem abgeschlossenen Speichermedium aus – was sich in der Realität nicht umsetzen lassen wird
- sowohl bei Transport als auch bei der Endlagerung ist eine Enteignung möglich
- die Daten der Erkundung müssen erst nach fünf Jahren freigegeben werden
- während der Erkundung dürfen andere Nutzungen des „Speicherkomplexes“ nicht zugelassen werden (Ausschluss der Parallelnutzung => Geothermie)
- Zutritt zu Grundstücken kann trotz Weigerung auf Antrag der Erkunder durchgesetzt werden
- die Reinheit des CO<sub>2</sub> wird nicht mit einer Prozentzahl angegeben, sondern der Anteil des CO<sub>2</sub> muss so hoch sein, wie es der Stand der Technik mit einem „verhältnismäßigem Aufwand“ erlaubt
- die Übertragung auf die öffentliche Hand kann nach 30 Jahren nach Stilllegung erfolgen
- in Streitfällen und bei Genehmigungen entscheidet die zuständige Behörde, in dem Fall wahrscheinlich das Landesbergbauamt
- die Höhe der vorgeschriebenen Deckungsvorsorge und der der Ausgleich für die betroffenen Gemeinden ist derzeit noch völlig unklar



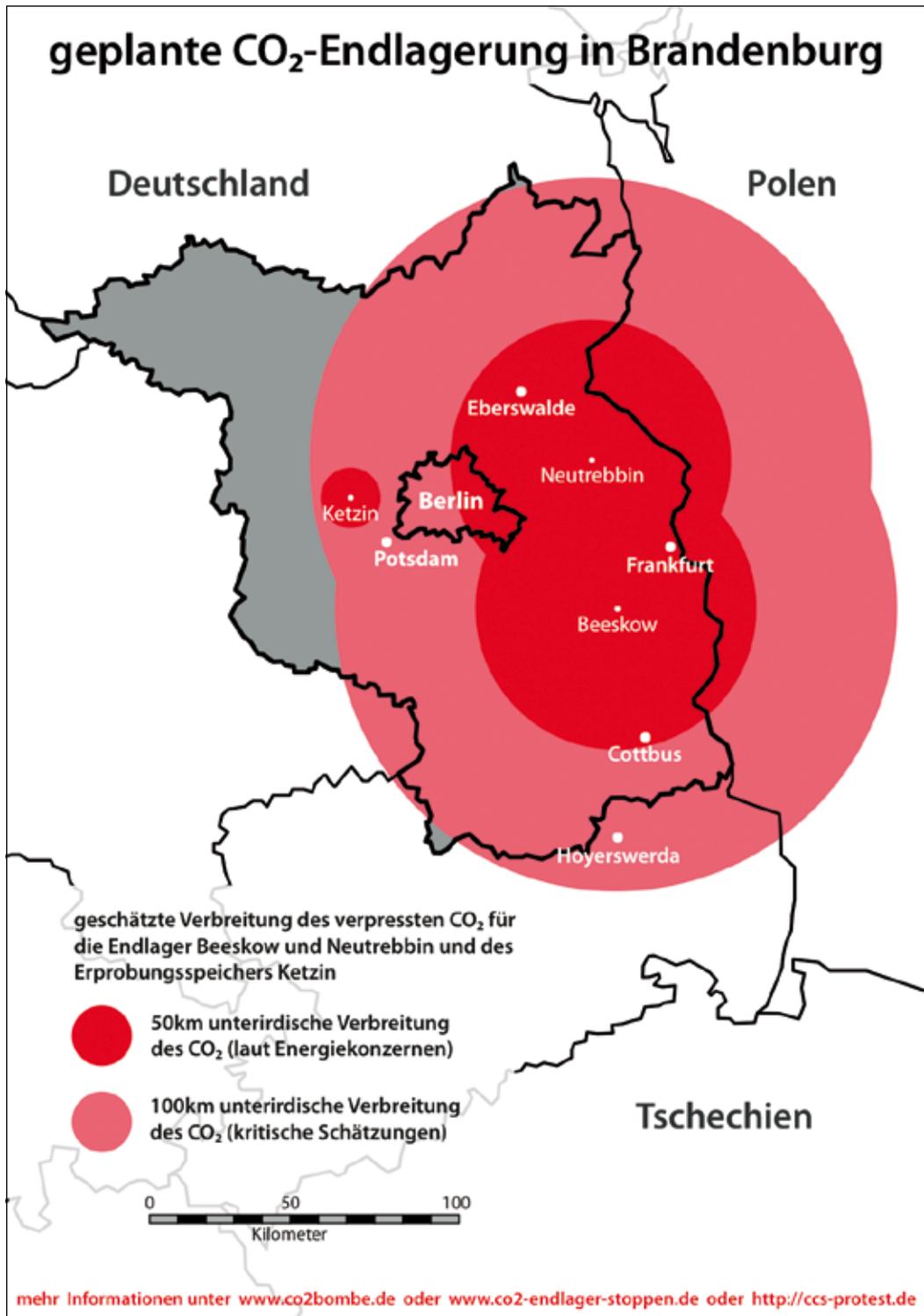
# CO<sub>2</sub>-Endlager stoppen – entschiedenes NEIN zu Vattenfall!

Die Gemeindevertretung Rietz-Neuendorf hat auf Antrag der Fraktion DIE LINKE am 17. Mai 2010 beschlossen, Vattenfall das Betreten und die Nutzung von gemeindlichen Flächen zu untersagen. Damit untersagt die Gemeindevertretung der Vattenfall Europe Mining AG die Nutzung sämtlicher gemeindlicher Flächen für alle Untersuchungen, Messungen und sonstige Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Aufsuchung von bergfreien Rohstoffen (Sole) stehen und spricht eine Veränderungssperre für gemeindliche Flächen in der Bodennutzung unter- und überirdisch aus. Die Gemeindevertretung verweigert Vattenfall bzw. deren Beauftragten das Betreten öffentlicher Grundstücke, Wege und sonstiger Flächen zum Zwecke der Erkundung des Untergrundes für unterirdische, zur CO<sub>2</sub>-Speicherung geeigneter Lagerstätten. Gleichzeitig ermuntert die Gemeindevertretung alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger, sich ebenfalls gegen eine derartige Nutzung ihrer Grundstücke auszusprechen.

Vattenfall beabsichtigt, in Vorbereitung der Erkundung, der nachfolgenden Einrichtung und des Betriebs eines CO<sub>2</sub>-Speichers im Feld Birkholz-Beeskow Kontakt zu den Grundstückseigentümern aufzunehmen, um die Genehmigung für das Betreten ihrer Grundstücke zu erhalten. Da Vattenfall mit großem Widerstand in der Region rechnet und juristischen Auseinandersetzungen aus dem Weg gehen möchte, ist beabsichtigt, zunächst öffentliche Wege und Flächen für die Erkundung des Untergrundes zu nutzen. Eine Untersagung der Nutzung von fiskalischen Flächen ist durch die Eigentumsrechte der Gemeinde gedeckt. Die Abgeordneten behalten sich weitere Schritte gegen die Realisierung der geplanten CO<sub>2</sub>-Endlager vor.

Helga Pickart,

Mitglied der Gemeindevertretung Rietz-Neuendorf und Mitglied des Kreistages LOS



Mein Anliegen/Frage:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Ich möchte Infomaterial

Ich möchte angerufen werden

Ich möchte einen Gesprächstermin

Peer Jürgens, MdL  
 Bürgerbüro: Fax (033 61) 342624  
 Eisenbahnstr. 146, 15517 Fürstenwalde

Lösungswort Kreuzworträtsel:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

## ■ Eine Premiere – Kreishaushalt ohne Sozialausgabenkürzung

Im Juni 2010 hat der Kreistag den Haushalt für dieses Jahr beschlossen. In den zurückliegenden Jahren hatten wir Gründe, die Haushalte abzulehnen, z. B. die fehlende Mitwirkung des Kreistages am Haushalt des Amtes für Grundsicherung. Dieses Amt verwaltet Hartz IV mit der Hälfte des Kreishaushaltes. Diese Ausgaben werden ohne politische Einflussnahme durchgewinkt. 2008 wurde von der Mehrheit im Kreistag bereits der Haushalts- und Finanzausschusses abgeschafft, der sich mit den

Entwicklungen im Amt für Grundsicherung auseinandersetzte. Angesichts der desaströsen Finanzlage wurde diese Situation unhaltbar.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen ist auf Antrag der Linksfraktion jetzt neu gebildet worden. In die laufende Haushaltsdiskussion konnte er nicht mehr eingreifen. So gesehen bestehen im Haushalt 2010 die von uns immer kritisierten Probleme fort, dennoch haben wir uns erstmals dafür entschieden, dem Kreishaushalt zuzustimmen. Ausschlaggebend war,

dass es in 2010 im Landkreis Oder-Spree keine Kürzungen im Bereich der Sozialausgaben gibt.

Mit Blick auf die allgemeine Entwicklung der Kommunal Finanzen sind schon für den Haushalt 2011 harte Auseinandersetzungen zu erwarten. Auf die Verteidigung der sozialen Interessen der Menschen im Landkreis wird auch unter diesen Bedingungen auf die Linksfraktion im Kreistag Verlass sein.

Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion  
DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

## ■ Konjunkturpaket in der Region sehr gut angenommen!

Im Frühjahr 2009 wurde das Zukunftsinvestitionsgesetz verabschiedet. Brandenburg stehen im Rahmen dieses Konjunkturpaketes rund

450 Mio. Euro zur Verfügung. Die vorläufige Bilanz kann sich sehen lassen. Im Landkreis Oder-Spree sind allein im Bildungsbereich rund 100 Maßnahmen gefördert worden. Das Gesamtvolumen für diesen Teil des Förderprogramms beläuft sich insgesamt auf rund 13,2 Mio. Euro. Damit konnte im letzten Jahr die Bildungsinfrastruktur in unserer Region entscheidend verbessert werden.

Hauptsächlich wurden Maßnahmen in und an Schulen gefördert – insgesamt wurden hier für 56 Projekte 6,2 Mio. Euro verwendet. Darunter fallen neben Maßnahmen für energetische Sanierung (Fassaden, Fenster, Heizung) vor allem die Erneuerung von PC-Technik und Ausstattung von Bibliotheken. Aber auch Schulhöfe wurden mit Hilfe des Zukunftsinvestitionsgesetzes erneuert. Die größten Brocken

in Oder-Spree sind die Schule in Woltersdorf mit 360 000 Euro, die Schule in Storkow mit fast 800 000 Euro und die Heine-Oberschule in Eisenhüttenstadt mit 2,6 Mio. Euro.

Ein zweiter Schwerpunkt sind die Maßnahmen für Kindergärten. Hier konnten 32 Projekte mit insgesamt rund 3,7 Mio. Euro gefördert werden. Spitzenreiter sind hier Eisenhüttenstadt mit über 1 Mio. Euro für zwei Kitas, Schöneiche mit 650 000 Euro und Erkner mit 380 000 Euro. Aber die Maßnahmen sind gerade hier breit über den ganzen Landkreis verteilt.

Weitere Förderungen haben Sportstätten (2,5 Mio. Euro) und Eltern-Kind-Zentren erhalten. Auch wenn leider drei Maßnahmen abgelehnt wurden, ist der Landkreis Oder-Spree sehr erfolgreich hinsichtlich der Nutzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes.

## ■ Fröhliche Schulkinder-Augen

Ende August beginnt wieder für viele Kinder die Schule. Etliche können sich aber aufgrund der finanzielle Lage ihrer Familien nicht die nötigsten Materialien leisten. Ein Grund für den Landtagsabgeordneten Peer Jürgens, zusammen mit der Tafel in Beeskow eine kleine Schultüten-Aktion zu veranstalten. Eingeladen waren Schulkinder aus bedürftigen Familien – insgesamt fast 20 Kinder folgten der Einladung. Eine kleine Kuchentafel begrüßte die künftigen Schüler und Peer Jürgens überreichte jedem und jeder eine kleine Schultüte mit

einige wichtigen Unterrichtsmaterialien. Auch ein Schreibblock war mit dabei, so dass die Kinder zumindest mit dem Nötigsten für den Schulstart ausgestattet sind.

Die Kinder und auch deren Eltern waren über die Aktion sehr begeistert und dankbar. Immer wieder zeigt sich, wie wichtig Einrichtungen wie die Tafeln (leider) sind und wie doll sozial selektiv unser Schulsystem ist. Rot-Rot in Brandenburg unternimmt dafür die ersten Schritte, um dieses Problem zu verringern.



## +++ Nachrichten +++

### DSL-Ausbau startet

Regionen wie Kagel oder Rietz-Neuendorf werden demnächst über schnelles Internet verfügen. Nachdem aufgrund der großen Nachfrage der Fördertopf bei der EU leer war, wurden hier auf Antrag von Brandenburg Gelder umgeschichtet. Jetzt sind nochmal sieben Mio. Euro vorhanden, alle Anträge von Gemeinden auf Förderung wurden nun bewilligt. Der Ausbau kann also noch in diesem Jahr starten.

## dokumentiert

### Spenden des MdL Peer Jürgens

- Juli 2010: 50 Euro für den Jugendclub Bumerang e.V. Beeskow
- Juli 2010: 115 Euro für die deutsch-polnische Jugendbegegnung der Feuerwehr Tempelberg (zusammen mit MdB Thomas Nord)
- Juli 2010: 25 Euro für das Frühstück im Frauenladen Beeskow
- Juni 2010: 50 Euro für das 85. Jubiläum der Feuerwehr Jacobsdorf
- Juni 2010: 100 Euro für Fußballer beim Jugendcamp in Jacobsdorf

- Juni 2010: 50 Euro für das 100. Jubiläum der Feuerwehr Heinersdorf
- Juni 2010: 50 Euro für das Kinderfest der LINKEN in Fürstenwalde Nord
- Mai 2010: 200 Euro für ein MOZ-Jahresabo für die Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde
- Mai 2010: 50 Euro für einen Computer-Monitor für die GefAS in Beeskow
- Mai 2010: 200 Euro für Transparente gegen die seismische Erkundung von Vattenfall

## ■ Gesundheitsversorgung trotz schwieriger Bedingungen sichern

Der demographische Wandel ist in Brandenburg kein neuer Fakt, aber was er verursacht, ist nicht jedem bekannt. Was passiert eigentlich, wenn der Hausarzt im Dorf in Rente geht? Der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens hatte am Mittwoch, den 26. Mai in den Brennereikerler in Heinersdorf eingeladen, um zusammen mit dem Staatssekretär im Gesundheitsministerium Dr. Daniel Rühmkorf und Herrn Roland Kiesche als Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung in Brandenburg die Fragen der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum mit Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

SPD und Linke haben sich zum Ziel gesetzt in ganz Brandenburg die Rahmenbedingungen für eine hochwertige medizinische Versorgung sicher zu stellen. Dabei setzen sie unter anderem auf bereits bewährte Programme wie die Gemeindeschwester und die Bewerbung der Gemeinden durch die landeseigene Internetpräsenz. Gleichzeitig werden für den Erhalt und Ausbau der 62 Klinikstandorte in Brandenburg 500 Millionen Euro bis 2014 zur Verfügung gestellt.

Als Alternative zu fehlenden medizinischen Studiengängen in Brandenburg setzt das Ministerium laut Dr. Rühmkorf auf die Verhandlungen mit der Charité in Berlin. Im Blickpunkt stehen hier die Möglichkeiten, im Land wieder akademische Lehrkrankenhäuser einzurichten,



**Fragen Sie Ihren Arzt. Wenn Sie noch einen finden.**

welche Studierende aus der Berliner medizinischen Fakultät im Praxisjahr und in den Fachausbildungsjahren übernehmen und weiterbilden können.

Natürlich hat sich in der Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren einiges getan, wusste Herr Kiesche zu berichten. Neben den finanziellen Anreizen der Kassenärztlichen Vereinigung für eine Praxiseröffnung oder -übernahme im ländlichen Raum gibt es aktive Werbekampagne für die Stellen als „Landarzt“

bereits an verschiedenen medizinischen Fakultäten. Doch machte er auch klar, dass diese Ansätze erst in mehreren Jahren greifen können. Dem entgegen steht ein Minus von 600 niedergelassenen Ärzten in Brandenburg, die bis 2015 voraussichtlich altersbedingt ihre Tätigkeit aufgeben werden.

Alles in allem gute Ansätze für ein Flächenland wie Brandenburg, allerdings nur wenn die Kommunen auch in der Lage sind die soziale Infrastruktur für junge Arztfamilien vorzuhalten. Hier muss die Kommune gestärkt werden, weiß Steffen Adam der Ortsvorsteher von Heinersdorf zu berichten. Wenn neben der Praxis im Dorf Kita und Schule fehlen und das nächste Kino oder Theater sowieso erst wieder in Berlin zu erreichen ist, werden junge Familien und auch junge Ärzte nur schwer von den Gemeinden zu überzeugen sein.

In Heinersdorf ist die Welt in Hinsicht auf die ärztliche Versorgung noch in Ordnung und auch die umliegenden Gemeinden profitieren davon. Doch Heinersdorf ist nicht der gesamte Landkreis und erst recht nicht das gesamte Land. Daher haben Peer Jürgens und seine beiden Gesprächspartner die Anregungen und Kritiken aufgenommen. Für eine gute Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum gibt es noch einiges zu tun und das wollen alle drei anpacken.

Michael Kahle, Wahlkreismitarbeiter



## Bürgersprechstunden

Liebe Bürgerinnen und Bürger, der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens kommt regelmäßig direkt zu Ihnen vor Ort und stellt sich Ihren Fragen und Anregungen. Die nächsten Termine sind:

### Jeden vierten Donnerstag im Monat

- 10.00 Beeskow, Marktplatz
- 13.00 Fürstenwalde, Marktplatz
- 14.30 Fürstenwalde, Gesundheitszentrum Nord

### Dienstag, 21. September 2010

- 10.00 Steinhöfel, Gemeindeamt, Demnitzer Strasse
- 11.00 Arensdorf, Bushaltestelle Kirche
- 12.00 Heinersdorf, Parkplatz, Hauptstraße
- 14.00 Beerfelde, Kita

### Donnerstag, 23. September 2010

- 10.00 Groß-Rietz, Am Schlosspark
- 11.30 Pfaffendorf, Einkaufszentrum, Hauptstraße
- 13.00 Görzig, Bushaltestelle Schule
- 14.00 Rietz-Neuendorf, Rathaus
- 15.30 Lindenberg, Einkaufszentrum

### Freitag, 24. September 2010

- 10.00 Kagel, Bürgerhaus
- 11.30 Grünheide, Rathaus
- 14.00 Briesen, Bahnhofstraße/ Karl-Marx-Straße
- 15.00 Jacobsdorf, Einkaufszentrum, Hauptstraße

## Veranstaltungen

### Montag, 1. November 2010

19.00 Uhr, Beeskow, Bibliothek „Chancen linker Klimaschutz-Politik“, Veranstaltung mit Anita Tack, Umweltministerin in Brandenburg

### Impressum

Pe(e)r Post ist ein Infoblatt des Landtagsabgeordneten Peer Jürgens. Es erscheint regelmäßig viermal im Jahr.

V.i.S.d.P.: MdL Peer Jürgens

Bürgerbüro: Eisenbahnstraße 146, 15517 Fürstenwalde

Kontakt: Telefon: (01 73) 2 87 12 00

E-Mail: mail@peer-juergens.de

Internet: www.peer-juergens.de

## Preisrätsel

Zu gewinnen sind:

**1. Preis:** 1 Büchergutschein à 50 €

**2. Preis:** 1 Einkaufsgutschein à 25 €

Einsendeschluss: 31. Oktober 2010

## Peer's Küche:

### Kartoffel-Lauch-Auflauf mit Gorgonzola-Sesam-Kruste

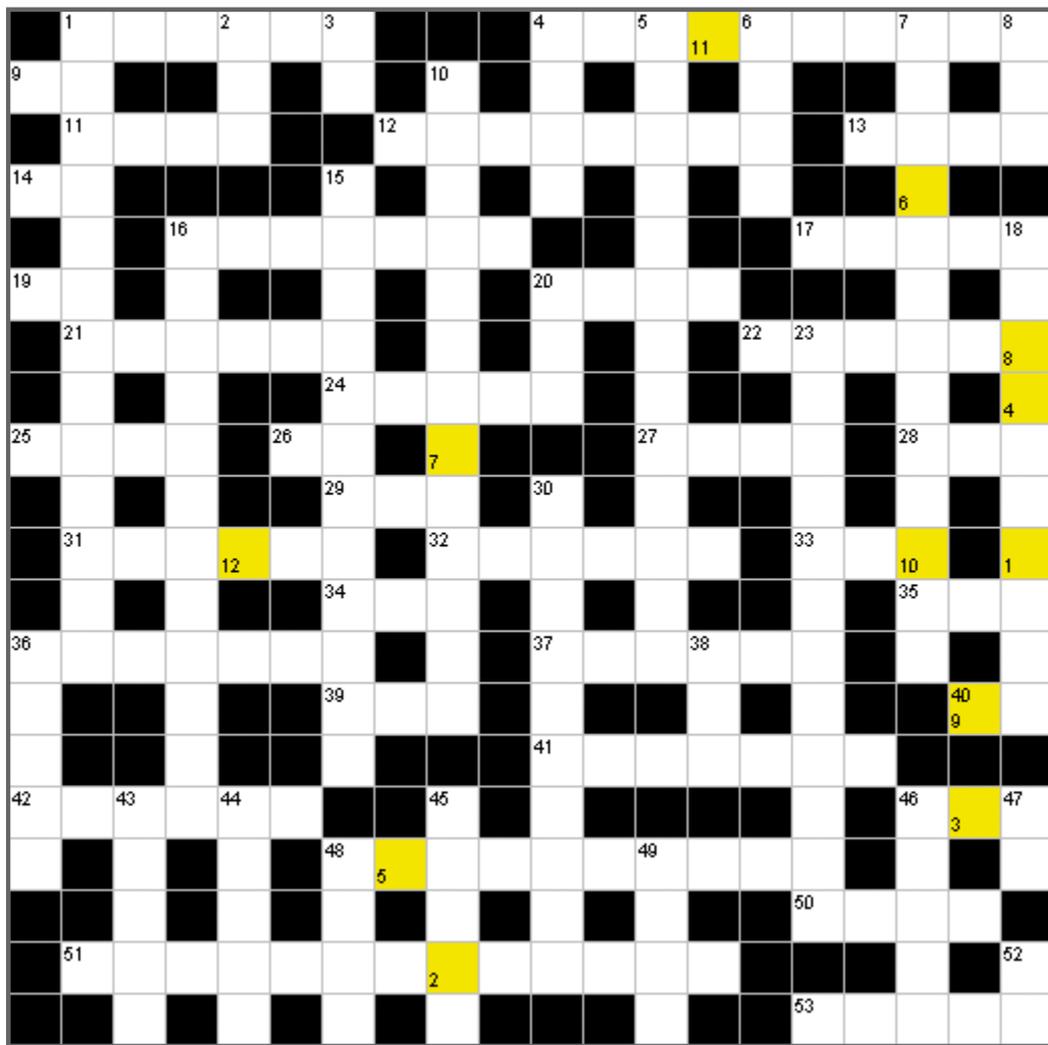
#### Zutaten (für vier Personen):

- 1 kg Pellkartoffeln
- 1 kg Porree
- 200 g Gorgonzolakäse
- 250 g Creme fraiche
- 4 El. Gomasio

Vorbereitungszeit ca. 30 Minuten, Backen bei 200 Grad, Backzeit ca. 25 Minuten

#### Zubereitung:

Die Pellkartoffeln in dünne Scheiben schneiden. Den Porree gründlich putzen, in Ringe schneiden und in ca. 150 ml Gemüsebrühe bissfest dünsten. Die Hälfte der Kartoffeln in eine Auflaufform schichten und mit Salz, Curry und Pfeffer bestreuen. Den Lauch daraufgeben und zum Schluss die restlichen Kartoffeln dachziegelartig auflegen. Die Kartoffeln mit Gomasio bestreuen. Den Gorgonzolakäse in grobe Stücke schneiden, mit Creme fraiche zusammen pürieren und gleichmäßig über die Kartoffeln streichen. Die restliche Gemüsebrühe in die Auflaufform gießen. Die Form auf dem Traggitter in den Backofen einschieben und backen.



#### Alpenrose:



#### Waagrecht

1 schwermütiges Gedicht, 4 Lehre v. d. chem. Wirkung des Lichtes, 9 Abk.: Volksrepublik, 11 altind. Göttin, Nachtgöttin, 12 Stammbaum in d. Tier- u. Pflanzen-Zucht, 13 Figur in „Laune des Verliebten“, 14 Kfz-Kz.: Lüneburg, 16 weniger heftig verlaufend (Krankheiten), 17 ind. Gott, Himmelsgott, 19 Kfz-Kz.: Traunstein, 20 weibl. Vorname, 21 ital.: Kreta, 22 weibl. Tier, 24 sw-ir. Grafschaft, 25 kongol. Prov., 26 Abk.: Mount, 27 westbulgar. Gebirge bis 2 925 m, 28 Gefrorenes, 29 engl.: besitzen, 31 jüd. Hohepriester, 32 ital. männl. Vorname, 33 Abk.: Straße, 34 Olympiakürzel: Ukraine, 35 bras. Stadt, 36 Erz, Mineral, 37 österr. Künstler J. Fischer v. +1742, 39 lat.: dort, 40 Abk.: das heißt, 41 Sonnen- u. Mondfinsternis, 46 Kfz-Kz.:

Coesfeld, 48 Vorfall, 50 norw. Fluss, 51 Krankheit, 53 ind. Stadt

#### Senkrecht:

1 Geologie, 2 ital. Komponist (Vittorio) 1885 +1975, 3 Abk.: evangelisch, 4 ugs.: frz. Polizist, 5 niederl. Ort, 6 Leiter, 7 Oper v. Pergolesi, 8 Pygmäenvolk, 10 gratis, 15 Milchzucker im Harn, 16 mit Blut vermischt, blutig, 18 schweiz.: Rundfunk, 20 engl.: Knabe, Laufbursche, 23 Narkotiseur, 30 Ballett v. Ravel (3 Worte), 36 Speisefisch, 38 Abk.: Abitur, Hochschulreife, 43 Stern in „Jungfrau“, 44 lat.: ist gestorben (auf Grabsteinen), 45 höchster ind. Gott, Schöpfergott, 46 Figur in „Der Bazzo“, 47 Kfz-Kz.: Elbe-Elster, 48 Weingütezeichen/ganz ausgezeichnet. altes Erzeugnis, 49 amerik. Gletscher/Fairweather Range, Alaska, 52 jap.: Geist